

# Leitantrag

FLINTA-Konferenz, Bündnis 90/Die Grünen Berlin am 11. Oktober 2025

**Initiator\*innen:** Frauen des Landesvorstands (dort beschlossen am: 18.09.2025)

**Titel:** Für ein feministisches und soziales Berlin

1 Unser Ziel für Berlin ist eine soziale Stadt, die niemanden zurücklässt. Frauen  
2 und Kinder sind am stärksten von Armut, Verdrängung und Ausgrenzung betroffen.  
3 Darunter sind insbesondere Alleinerziehende, People of Color, aber auch ältere  
4 Menschen, Menschen mit Behinderung, Geflüchtete und prekär Beschäftigte  
5 besonders betroffen. Deshalb braucht es dringend einen intersektionalen<sup>11</sup>  
6 feministischen Blick auf Sozialpolitik. Feministische Sozialpolitik beeinflusst  
7 zahlreiche Lebensbereiche, wie Gleichstellung, Familienpolitik, Wohnungspolitik,  
8 Pflege und Bildung.

## 9 **Zugängliche und gendersensible Sozialeinrichtungen**

10 Berlin hat bereits zahlreiche Sozialeinrichtungen, die wohnungslose FLINTA  
11 (Frauen, Lesben, inter, nicht-binären, trans\* und agender Personen) helfen oder  
12 sie darin unterstützen, eine neue Wohnung zu finden. Einrichtungen, die  
13 gewaltbetroffene FLINTA beraten und queere und trans Personen unterstützen.  
14 Berlin verfügt über eine Infrastruktur an Kitas und Kinderläden. Das alles, auch  
15 dank unseres grünen Einsatzes in Land und Bund für eine soziale Stadt.

16 Angesichts des sozialen Kahlschlags der Berliner Schwarz-Roten Koalition leiden  
17 aber die meisten dieser Einrichtungen gerade an den starken Kürzungen des  
18 schwarz-roten Senats, die ihr Weiterbestehen gefährden. Viele Einrichtungen sind  
19 überfordert von der Bürokratie und können deswegen nicht die notwendige Hilfe  
20

21 anbieten. Gerade Alleinerziehende benötigen aber flexible Betreuungsangebote.  
22 Wir Grüne setzen uns darum für ein Gutscheinsystem für Betreuung und  
23 haushaltsnahe Dienstleistungen ein, um die Vereinbarkeit von Sorgearbeit und  
Erwerbsarbeit zu erleichtern.

24 Wir brauchen funktionierende Sozialämter, die niederschwellig Hilfe anbieten und  
25 in den meistgesprochenen Sprachen dieser Stadt beraten können. Dabei müssen  
26 Unterstützungsangebote gebündelt werden. Und auch der Fachkräftemangel zeigt  
27 seine Folgen in der Sozialberatung. In den nächsten Jahren gehen viele  
28 Angestellte der Sozialämter in Rente dessen Nachbesetzung zum bisher ungelösten  
29 Problem wird. Wir müssen den Personalmangel in der Verwaltung als Armutsrisiko  
30 erkennen. So verlieren Menschen Wohnungen, weil die Sozialämter die Miete nicht  
31 verlässlich zahlen. Damit die Sozialberatung effektiv wirkt, müssen Sozialämter  
32 gut arbeiten können. Sozialhilfe muss zugänglich und gendersensibel gestaltet  
33 sein. Außerdem müssen wir Anschlüsse schaffen für Menschen, die aus dem System  
34 fallen, weil sie beispielsweise Einrichtungen verlassen müssen.

### 35 **Armut bekämpfen – feministisch und gerecht**

36 Armut beginnt nicht erst bei Obdachlosigkeit. Alter, Geschlecht und  
37 Fürsorgeverpflichtungen stellen ein erhebliches Risiko für Armut dar. Armut ist  
38 oft das Ergebnis struktureller Benachteiligung, die sich entlang von Geschlecht,  
39 Alter, Bildung und Haushaltsform zeigt. In wenigen Ländern wird Reichtum und  
40 Armut so stark vererbt wie in Deutschland. Insbesondere FLINTA mit unsteten  
41 Erwerbsbiografien – etwa durch Zeiten unbezahlter Sorgearbeit oder  
42 Teilzeitanstellung – sind besonders gefährdet, in temporärer oder dauerhafter  
43 Armut zu leben. Weder unser Steuer- noch unser Sozialversicherungssystem, noch  
44 unsere Arbeitsmarktförderung oder unser Bildungs- und Ausbildungssystem  
45 berücksichtigen die vielfältigen Herausforderungen für FLINTA-Personen  
46 ausreichend, sondern behindern systematisch die eigenständige Existenzsicherung  
47 von FLINTA. Deswegen brauchen wir gezielte Fördermaßnahmen für FLINTA mit  
48 unterbrochenen Erwerbsverläufen. Auch Bildungs- und Ausbildungsangebote  
49 (beispielsweise Teilzeitausbildung) müssen insbesondere für Mütter – und hier  
50 vor allem Alleinerziehende, denn ihr Armutsrisiko ist noch dreimal höher –  
51 brauchen wir eine Offensive für alle Fragen der Vereinbarkeit von Familie und  
52 Beruf bzw. Aus- und Weiterbildung. Der 10. Familienbericht hat dank  
53 Familienministerin aD Lisa Paus erstmalig speziell die Situation von Allein- und  
54 Getrennterziehenden in den Blick genommen. Sie sind auf verlässliche  
55 Kinderbetreuung angewiesen und haben höhere finanzielle Belastungen durch  
56 verteuerte Haushaltsführung. Es braucht eine Reform des Mehrbedarfs, sowohl im  
57 Steuer-, als auch im Sozialrecht. Im Bund haben wir darum den steuerlichen  
58 Entlastungsbetrag für Alleinerziehende deutlich erhöht. Die größte  
59 Kindergelderhöhung seit den 1990er Jahren, der monatliche Sofortzuschlag für von  
60

61 Armut betroffene Kinder und Jugendliche und die Erhöhung des  
62 Unterhaltsvorschusses, schaffen für Alleinerziehende und ihre Kinder spürbare  
63 Entlastung. Wir setzen uns weiter für die Einführung eines Umgangsmehrbedarfs,  
64 eine Begünstigung bei der Anrechnung von Unterhaltseinkommen, Steuergutschriften  
65 für Alleinerziehende und eine Neuberechnung des sozioökonomischen  
66 Existenzminimums von Kindern ein. Um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, braucht  
67 es einen Systemwechsel zur Kindergrundsicherung, in der alle wesentlichen  
68 Leistungen zusammengeführt werden. Denn jedes Kind hat das Recht, mit dem  
aufzuwachsen, was es braucht.

69 In der Armutsbekämpfung ist die Berücksichtigung mentaler Gesundheitsaspekte  
70 unabdingbar. Denn Armut bedeutet oft chronischer Stress, Isolation und eine hohe  
71 psychische Belastung – mit teils gravierenden gesundheitlichen und  
72 gesellschaftlichen Folgen. Wir brauchen außerdem ein vertieftes Verständnis von  
73 Familienarmut, um passgenaue Lösungen zu entwickeln. Rentenarmut (an der vor  
74 allem Frauen leiden) muss stärker bekämpft werden und armen Rentnerinnen muss  
75 finanzielle Unterstützung zugesichert werden. Insgesamt braucht es ein  
76 gesellschaftliches und politisches Umdenken: Armut ist nicht selbstverschuldet,  
77 kein individuelles Versagen, sondern Ausdruck struktureller Ungleichheit und ein  
78 Systemversagen.

79 Zu einer feministischen Sozialpolitik muss auch eine gerechte  
80 Gesundheitsversorgung gehören, für die wir Grüne uns einsetzen. Dazu gehört eine  
81 solidarische, barrierefreie und gerechte Gesundheitsversorgung und die  
82 kostenlose Bereitstellung von Menstruationsprodukten in öffentlichen  
83 Einrichtungen, kostenfreie Verhütungsmittel, mehr Aufklärung zu den  
84 Wechseljahren, bessere Versorgung bei Endometriose und geschlechtersensible  
85 Gesundheitsforschung – Forderungen, für die wir Grüne uns schon seit Jahren  
86 einsetzen.

87 Armut ist ein Gesundheitsrisiko, insbesondere für Kinder. Daher muss gesündere  
88 Ernährung in Schulen sichergestellt, das kostenlose Sportangebot für Kinder  
89 ausgeweitet werden und insbesondere das Angebot für sportliche Aktivitäten, die  
90 auch für Mädchen interessant sein können, breiter aufgestellt werden.  
91 Beispielsweise nehmen Jungen öfter an günstigen Vereinssportarten wie Fußball  
92 teil, während von Mädchen präferierte Sportarten weniger Förderung und  
93 Räumlichkeiten erhalten. Ein intersektionaler Blick ist unabdingbar, um  
94 anzuerkennen, wie Krankheit, Behinderung oder Herkunft Faktoren sind, die das  
95 Armutsrisiko erhöhen. Diese Perspektive wollen wir in allen politischen  
96 Maßnahmen berücksichtigen.

97 Frauen arbeiten in systemrelevanten und trotzdem schlechter bezahlten Berufen  
98 oder erfahren Diskriminierung beim Gründen. Auch erben Frauen weniger und haben

99 höhere Lebenshaltungskosten. Dies führt dazu, dass Frauen schwieriger Vermögen  
100 aufbauen und fürs Alter vorsorgen können. Traditionelles Rollendenken verstärkt  
101 zudem, dass sich Frauen im Schnitt weniger über Finanzen und Vermögensaufbau  
102 bilden oder dieses Wissen weniger anwenden. Das beste Mittel gegen Armut und für  
103 eine verlässliche Altersvorsorge sind gute Löhne. Deshalb fördern wir  
104 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und verbessern insbesondere die  
105 Erwerbsmöglichkeiten für FLINTA durch gleiche und faire Löhne, verlässliche  
106 Kinderbetreuung, zeitgemäße Rahmenbedingungen für eine bessere Vereinbarkeit von  
107 Erwerbstätigkeit und Leben, sowie eine einfacheres Rückkehrrecht in Vollzeit.

108 Gleichzeitig setzen wir uns für eine feministische Finanzbildung sowie für eine  
109 gerechte Steuerpolitik ein. Das Ehegattensplitting zementiert soziale  
110 Ungleichheit und traditionelle Geschlechterrollen. Es wirkt sich besonders  
111 ungerecht auf die Sozialversicherungsbeiträge aus: Trotz hoher Beitragszahlungen  
112 erhalten Klasse-V-Zahlerinnen deutlich geringere Leistungen. Das widerspricht  
113 fundamental dem Äquivalenzprinzip. In Krisenzeiten kommt dafür die Rechnung. Das  
114 Ehegattensplitting setzt in Zusammenspiel mit Minijobs und der kostenlosen  
115 Mitversicherung von Partner\*innen, die wenig verdienen, Anreiz, nicht  
116 erwerbstätig zu sein. Die Folgen werden spätestens in Krisen wie Trennung,  
117 Scheidung und Tod des Partners deutlich. Wir Grüne setzen uns für  
118 gleichberechtigte Lebensentwürfe ein. Wir wollen das Ehegattensplitting  
119 grundlegend reformieren und für Neuehen abschaffen und durch eine individuelle  
120 Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag ersetzen.

## 121 **Gewaltschutz stärken – wirksamer Schutz für alle FLINTA**

122 Ein intersektionaler Ansatz ist auch im Gewaltschutz zentral. Gerade FLINTA mit  
123 Mehrfachdiskriminierung müssen wir besser vor Gewalt schützen. Wir Grüne setzen  
124 uns seit Langem und auf allen Ebenen für effektiven Schutz von  
125 geschlechtsspezifischer Gewalt ein. Es ist nicht hinnehmbar, dass  
126 durchschnittlich jeden Monat in Berlin eine Frau von einem Mann getötet wird.  
127 Wir wollen schnellstmöglich den bestmöglichen Gewaltschutz für FLINTA in Berlin.  
128 Im Abgeordnetenhaus von Berlin haben wir einen 5-Punkte-Plan zur Verhinderung  
129 von Femiziden und zum besseren Schutz von FLINTA vor Gewalt vorgelegt. Der grüne  
130 Druck aus der Opposition hat gewirkt. Fast alle unsere grünen Forderungen, wie  
131 die Einführung von interdisziplinären Fallkonferenzen, die Ausweitung der  
132 Wegweisungsdauer und weitere wichtige Punkte wurden von der schwarz-roten  
133 Koalition im Gesetzgebungsverfahren aufgenommen. Außerdem fordern wir mehr  
134 Beratungsstellen und Hilfsangebote, barrierefrei und in mehreren Sprachen, sowie  
135 gezielte Präventionsarbeit. Dank uns gibt es nach Jahrzehnten der Diskussion  
136 endlich ein bundesweit geltendes Gesetz, das ein Recht auf Schutz und Beratung  
137 für gewaltbetroffene Frauen verankert und die Bundesländer beim Ausbau eines  
138 flächendeckenden Netzes der Gewalthilfe unterstützt. Das durch uns Grüne

139 erkämpfte bundesweite Gewalthilfegesetz verankert den Rechtsanspruch auf  
140 unbürokratische und kostenlose Hilfe und Beratung ab 2032. Die dafür zur  
141 Verfügung gestellten Bundesressourcen ermöglichen, die Hilfsinfrastruktur  
142 passgenau und bedarfsgerecht auszubauen: Mit Schutz-, Beratungs- und  
143 Unterstützungsangeboten für Gewaltbetroffene, aber auch für  
144 Präventionsmaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit, sowie die Unterstützung von  
145 Vernetzungsarbeit innerhalb des Hilfesystems, mit Behörden, Polizei, Justiz und  
146 relevanten Einrichtungen. Die Möglichkeiten sind groß und es ist Zeit, dass  
147 Berlin etwas passendes daraus macht. Wir Grüne fordern einen Prozess zur  
148 vielfaltssensiblen Bedarfsermittlung in enger Zusammenarbeit mit den  
149 Anlaufstellen des Hilfesystems, darunter den Beratungsstellen, Frauenhäusern und  
150 Sozialträgern, der Gewaltschutzambulanz, sowie der neuen Anlaufstelle für  
151 gewaltbetroffene Frauen der Bundespolizei am Berliner Ostbahnhof. Ziel sind mehr  
152 niedrigschwellige Beratungsstellen, Frauenhausplätze, Schutzwohnungen und  
153 Hilfsangebote, barrierefrei und in mehreren Sprachen, sowie gezielte  
154 Präventionsarbeit und effiziente Zusammenarbeit von Hilfsinfrastruktur, Justiz,  
155 Polizei und Verwaltung. Dafür müssen die durch das Gewalthilfegesetz zur  
156 Verfügung gestellten Gelder zusätzlich und effizient in unserer Stadt  
157 genutzt werden. Wir setzen uns ein für ein Berlin ohne Femizide und ein sicheres  
158 Leben für alle FLINTA.

159 Stattdessen kürzt der Schwarz-Rote Senat gerade in diesem Bereich weiter: Für  
160 das Jahr 2026 sind im Gleichstellungsbereich durch den Senat Kürzungen in Höhe  
161 von 2,574 Mio. Euro geplant. So sollen unter anderem durch pauschale Kürzungen  
162 bei allen Frauenprojekten von durchschnittlich 2% gegenüber der Förderung 2025  
163 umgesetzt werden. Das bedeutet, dass das Weiterbestehen aller Gleichstellungs-  
164 und Gewaltschutzangebote in Berlin gefährdet ist. Das wird massive  
165 Versorgungslücken und längere Wartezeiten besonders für FLINTA in Not zur Folge  
166 haben.

### 167 **Unsichtbare Obdach- und Wohnungslosigkeit bei FLINTA**

168 Obdach- und wohnungslose FLINTA sind häufig von Mehrfachdiskriminierung  
169 betroffen. Sie bleiben oft unsichtbar, da ihre Wohnungslosigkeit sich maßgeblich  
170 von der als Norm gesetzten Obdachlosigkeit von Männern unterscheidet – so kommen  
171 wohnungslose FLINTA oft zeitweise bei Bekannten unter, sodass sie im Stadtbild  
172 und in Unterkünften für obdachlose Personen weniger sichtbar sind. Außerdem  
173 bleiben FLINTA vermehrt in prekären Wohnverhältnissen, unter anderem bei  
174 gewaltbereiten Partnern, um Obdachlosigkeit zu vermeiden. Wenn FLINTA aus  
175 gemeinsamen Wohnungen ziehen, weil der Partner gewalttätig ist, verlieren sie  
176 oft den Anspruch auf Vermittlung in eine andere Wohnung durch Sozialbehörden.  
177 Vor allem Mütter, die mit gemeinsamen Kindern die Wohnung verlassen müssen,  
178 stehen kurz vor der Obdachlosigkeit, da wir keine ausreichenden Frauenhausplätze

179 haben. Dafür braucht es rechtliche Lösungen: Zum einen muss sichergestellt  
180 werden, dass der gewalttätige Partner derjenige ist, der die Wohnung verlassen  
181 muss. Das Gewaltschutzgesetz schafft Grundlage für Wegweisungen und  
182 Kontaktverbote. Andererseits muss gewährleistet werden, dass Frauen Anspruch auf  
183 eine andere Wohnung erhalten. Mütter sollten außerdem auch bei der Finanzierung  
184 von größeren Wohnungen unterstützt werden.

185 Wir brauchen faire Lösungen für Wohnungslosigkeit. Die letzte Bundesregierung  
186 hat unter bündnisgrüner Beteiligung mit dem Nationalen Aktionsplan  
187 Wohnungslosigkeit 2024 den richtigen und dringend notwendigen Weg eingeschlagen.  
188 Er eröffnete die Chance, dem Ziel näherzukommen, Wohnungslosigkeit in  
189 Deutschland bis 2030 zu überwinden. Geschützte Marktsegmente müssen erweitert  
190 und ein Teil für FLINTA sichergestellt werden. Dazu ist auch die Neue  
191 Wohngemeinnützigkeit ein wichtiges Instrument, langfristig und dauerhaft  
192 günstigen Mietwohnraum zu schaffen. Unternehmen sollen vom Bund Unterstützung  
193 erhalten für Neubau, Modernisierung und Ankauf. Die Bundesregierung hat jetzt  
194 die Chance, ihre Fehler, der 90er Jahre rückgängig zu machen und in einen  
195 dauerhaft bezahlbaren gemeinnützigen Sektor auf dem Wohnungsmarkt zu  
196 investieren. Berlin muss gemeinsam mit dem Bund Wege finden, die Finanzierung  
197 der Kosten der Wohnungsgewinnung abzusichern. Ebenso wichtig ist der Aufbau  
198 eines überkommunalen Best-Practice-Austauschs – gezielt für die Verwaltungen in  
199 den Bezirken. Nur so können erfolgreiche Ansätze – von wirksamer Prävention bis  
200 hin zu Housing First Projekten – verbreitet und dauerhaft verankert werden. Auf  
201 Bundesebene ist darum besonders wichtig, dass die Haushaltsmittel für die  
202 wichtige Arbeit, insbesondere der Bundesarbeitsgemeinschaft für  
203 Wohnungslosenhilfe und des Housing First Bundesverbandes im Bundeshaushalt,  
204 verstetigt werden.

205 Es sollte reduzierte Kauttionen für Alleinerziehende geben. Außerdem brauchen wir  
206 barrierefreie Frauenunterkünfte und Unterkünfte, die rund um die Uhr geöffnet  
207 sind. Besonders Unterkünfte für FLINTA mit Kindern sind zentral, da viele  
208 gewaltbetroffene FLINTA die gemeinsame Wohnung mit ihren Kindern verlassen,  
209 viele Unterkünfte jedoch keine Kinder aufnehmen, sodass diese auf sich allein  
210 gestellt sind. Notwendig sind auch spezialisierte Unterkünfte für psychisch  
211 erkrankte und suchtmittelabhängige FLINTA. Wohnen ist die soziale Frage unserer  
212 Stadt. Deshalb setzen wir uns mit einem Eckpunkteplan für bezahlbare und schöne  
213 Wohnungen ein.

214 Insgesamt braucht es einen Wandel im Bild von Obdach- und Wohnungslosigkeit und  
215 eine Entstigmatisierung von wohnungslosen Menschen.

## 216 **Vergeschlechtlichte Pflege- und Sorgearbeit**

217 Pflegearbeit ist ein zentraler Bereich feministischer Sozialpolitik – sowohl  
218 bezahlte als auch unbezahlte Pflege wird überwiegend von Frauen übernommen.  
219 Infolge der Alterung der Gesellschaft werden in Deutschland bis zum Jahr 2049  
220 voraussichtlich zwischen 280.000 und 690.000 Pflegekräfte fehlen (Statistisches  
221 Bundesamt). Schon heute werden 86% der Pflegebedürftigen zu Hause gepflegt. Rund  
222 jede achte erwerbstätige Frau pflegt regelmäßig neben der Erwerbsarbeit andere  
223 Personen. Pflegenden An- und Zugehörige geraten an die Grenze ihrer Belastbarkeit  
224 – sie stemmen den Großteil der Versorgung, oft ohne ausreichende Unterstützung  
225 oder Entlastung. Pflegedienste oder -heime können nicht mehr die nötige  
226 professionelle Unterstützung bieten. Dabei sind Sorgeverantwortungen ein großes  
227 Armutsrisiko für Frauen. Um eine bessere Pflegeversorgung in unserer Stadt  
228 sicherzustellen, sind mehrere Faktoren notwendig. So müssen bürokratischer  
229 Hürden bei der Beantragung von Pflegeleistungen abgebaut werden. Außerdem muss  
230 der Pflegekräftemangel bekämpft werden, etwa durch bessere Arbeitsbedingungen  
231 und faire Bezahlung, sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

232 Grundsätzlich bleibt die Vereinbarkeitsfrage weiterhin eine zentrale Frage im  
233 Bereich der feministischen Sozialpolitik. Es ist Zeit für eine Pflegereform, um  
234 Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetz zusammenzuführen und auf eine  
235 Lohnersatzleistung für pflegende An- und Zugehörige hinzuwirken. Im Bund haben  
236 wir mit dem Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetz dafür gesorgt, dass die  
237 Leistungsbeträge der Pflegeversicherung in den kommenden Jahren schrittweise  
238 angehoben werden. Das entlastet pflegebedürftige Menschen finanziell. Wir haben  
239 erreicht, dass pflegende Angehörige an bis zu zehn Tagen im Kalenderjahr einen  
240 Anspruch auf Lohnersatz – das sogenannte Pflegeunterstützungsgeld – haben, wenn  
241 sie wegen der Pflege nicht zur Arbeit gehen können. Wir setzen uns dafür ein,  
242 dass Betreuungskosten sowie Kosten für Haushaltshilfen und haushaltsnahe  
243 Dienstleistungen umfangreich von der Steuer absetzbar sind. Beschäftigte brauchen  
244 zudem mehr Zeitsouveränität und flexiblere Arbeitszeitmodelle. Dazu gehört auch  
245 die Möglichkeit, im Homeoffice und mobil zu arbeiten – mit klaren Regeln und  
246 fairen Absprachen.

247 Eine gute Kinderbetreuung und ein verlässliches Pflegesystem sind wesentliche  
248 Voraussetzungen für die Erwerbstätigkeit aller Erziehenden und Pflegenden. Es  
249 braucht eine grundlegende Neuausrichtung der Sorge- und Pflegepolitik. Pflege  
250 muss in kommunale Verantwortung rückgeführt werden, um sie näher an den  
251 Bedürfnissen der Menschen auszurichten und damit das Land Berlin eine  
252 bedarfsgerechte, leistungsfähige und regional abgestimmte pflegerische  
253 Versorgung sicherstellt. Deswegen müssen wir Berlin als sorgende Stadt begreifen  
254 und gestalten: Eine Stadt, in der die öffentlichen Strukturen die relevanten  
255 Care-Aufgaben übernehmen, sodass diese nicht an Einzelpersonen, in aller Regel  
256 Frauen, hängen bleiben. In einer sorgenden Stadt sind Frauen nicht  
257 Alleinverantwortliche für Sorgeverantwortungen, sondern diese werden von der  
258 Stadt getragen und als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden.

<sup>11</sup> Intersektionalität bezeichnet das Zusammenwirken unterschiedlicher Diskriminierungsformen.